

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

4.12.1931 (No. 283)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 553
und 554
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. U. v. d. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen anderer Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Konkursverfahren fällt bezugslos die Zeitung verpaidet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Problem der Zinssenkung

Aussprache auf dem deutschen Industrie- und Handelstag

In einer in Donnerstag in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages sprach Dr. Silberberg (Köln) u. a. zur Frage der Zinssenkung. Er erkannte durchaus die bedenklichen Wirkungen der Zinshöhe an, wandte sich aber gleichermäßen aus rechtlichen wie wirtschaftlichen Gründen gegen jeden gewaltsamen Eingriff. Wohl aber sei eine Verringerung der Habenzinsen zu prüfen, um den Absatz festverzinslicher Werte und hierdurch den Hypothekemarkt zu stärken. Dr. Silberberg betonte weiter, daß die Erholung der Wirtschaft nur durch Ausweitung ihrer Tätigkeit möglich sei, und daß sie hierzu die Erweiterung des Kreditvolumens bedürfe. Hierzu sei ein geeignetes Mittel auch die Senkung des Diskontsatzes. Man könne geradezu sagen, je höher der Zinssatz, desto kleiner der Betrag von guten Handelswechseln, der der Reichsbank eingereicht werde.

Reichsbankpräsident Dr. Luther erklärte, selbstverständlich sei die Reichsbank bestrebt, der Wirtschaft jede Erleichterung zu gewähren. Sie sei sich auch bewußt, daß der Zinssatz neben der Regulierung der Kapitalbildung und ihrer Verwendung ein gewichtiges Kostenelement darstelle und nach dieser Richtung jede mögliche Erleichterung erwünscht sei. Die Möglichkeit einer Diskontsenkung müsse aber jeweils aus den Gesamtlagen beurteilt werden. Erfahrungen in Deutschland (Zinssenkung von Ende 1929 bis Mitte 1930 um 3% Prozent) wie in Amerika hätten gezeigt, daß in Zeiten sinkender Konjunktur durch Niedrighalten oder Senken der Zinsen eine Belebung der Wirtschaft nicht gewährleistet sei. Das sei selbstverständlich kein Gesichtspunkt, der die Reichsbank auch nur einen Augenblick zurückhalten würde, wenn die Möglichkeiten einer Diskontsenkung sich zeigten. Die Reichsbank müsse bei ihrer Politik in hohem Maße auch die psychologische Einstellung des deutschen Volkes zu Währungsfragen in Betracht ziehen. Dr. Luther betonte hierbei, wie notwendig es sei, für die nationale Bedeutung der Devisenangelegenheiten in immer weiteren Kreisen Verständnis zu schaffen. Die Reichsbank werde sich stets in den Dienst der Wirtschaftsförderung stellen, selbstverständlich innerhalb der Grenzen, die einer Notenbank durch ihre Pflicht zur unbedingten Aufrechterhaltung der Währung gezogen seien.

Aber die anschließende Aussprache wurde vom Industrie- und Handelstag eine Mitteilung herausgegeben, in der es heißt:

In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Regierung während erheblicher Sparmaßnahmen mit größtem Eifer durchgeführt hat. Der notwendige Ausgleich des Reichshaushalts würde aber nach den Plänen der Regierung mit schweren Belastungen für die Wirtschaft erkaufte werden, wenn nun die Umsatzsteuer wesentlich erhöht und durch eine zusätzliche Kapitalertragsteuer auf festverzinsliche Anlagen eine Begrenzung von Kapital mit sehr bedenklichen Folgen für Kapitalbestand und Vertrauenslage eintreten würde. Eine solche Belastung der Wirtschaftskraft ist um so mehr zu bedauern, als die Kupplung hätte vermieden werden können, wenn rechtzeitig mit der Erkenntnis der Lage die notwendigen Maßnahmen Hand in Hand gegangen wären. Es wurde mit tiefer Beforgnis auf die Gefahren hingewiesen, die aus der Osterordnung sich für Kreditwesen und Wirtschaftsleben im Osten ergeben. Mit schärfstem Nachdruck wurde davor gewarnt, ähnliche Maßnahmen für andere Teile des Reiches zu treffen. Zur Frage der Preise wurde darauf hingewiesen, wie diese mit dem Sinken der Kosten, dem Rückgang der Kaufkraft und der Verschärfung des Wettbewerbs fast durchweg scharf gesunken sind.

Deutsch-französische Schiffahrts-Verhandlungen

Die Rheinschiffahrt

M. Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Zu Schiffahrtsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich erfahren wir, daß es sich in erster Linie um den Dienst nach Nord- und Südamerika handelt. Es ist aber nur eine Fühlungsnahme. Ein Ergebnis liegt nicht vor und ist auch vor dem Frühjahr nicht zu erwarten, zumal auch noch Rücksicht auf die übrigen Mächte genommen werden muß.

Nebenher gehen Verhandlungen über die Rheinschiffahrt, bei denen gleichfalls kein Ergebnis erzielt worden ist, da auf deutscher Seite keine Einigkeit bestand. Die Franzosen erklärten, daß sie unter allen Umständen bereit wären, eine Kartellierung mit Deutschland vorzunehmen, selbstverständlich unter Verzögerung der übrigen Rheinschiffahrten. Die Deutschen wurden gebeten, bis zum Januar untereinander eine Stellungnahme herbeizuführen. Inzwischen ist übrigens auch eine Fühlungsnahme mit belgischen, holländischen und schweizerischen Reedereien erfolgt.

Vertrauensmann Hillers in London

Fr. London, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Aus engl. Blättern geht hervor, daß der Vertrauensmann Hillers, Dr. Rosenbergs, bei seinem Besuch in England mit führenden Persönlichkeiten Fühlung genommen hat. Er hatte u. a. eine Unterredung mit Montagu Norman, dem Gouverneur der Bank von England. Daß diese Reise, die allerdings von nationalsozialistischen Blättern als unpolitisch hingestellt wird, starke Beachtung gefunden hat, geht auch aus den Kommentaren der Pariser Presse hervor.

Letzte Nachrichten

Die Beratungen der Reichsregierung

Die Haltung der Sozialdemokraten

DD. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Die Beratungen des Reichskabinetts über das Winterprogramm sind, wie wir hören, immer noch nicht soweit gediehen, daß der Reichskanzler die Sozialdemokraten, wie er beabsichtigt, über die bevorstehenden Maßnahmen unterrichten kann. In sozialdemokratischen Kreisen wächst die Unruhe, die durch die Ungeklärtheit über die Maßnahmen der Regierung zur Besserung der Wirtschaftslage und namentlich über die Forderungen der Gewerkschaften und der Partei hervorgerufen werden. Die Sozialdemokraten wünschen, wie wir weiter hören, unbedingt eine Entscheidung vor dem heute nachmittag erfolgenden Zusammentritt des Ältestenrates des Reichstages, der über die Einberufung des Reichstages beraten soll.

Nach einer Meldung von anderer Seite wird die politische Lage recht ernst beurteilt. Ein Termin für den Empfang der Sozialdemokraten durch den Reichskanzler ist bisher nicht festgelegt worden. Wenn man nach der sozialdemokratischen Presse urteilen will, dann erblidet die Sozialdemokratie bereits eine Brückierung durch Brüning. Ihre Forderungen lauten im wesentlichen dahin, daß eine Preisentlastung vor der Reichstagswahl durchgeführt werden soll, und daß die Reichsregierung klar und eindeutig zu diesem Problem Stellung nehme.

Wie der „Vorwärts“ aus Stuttgart berichtet, hat der sozialdemokratische Parteivorstand, Otto Wels, in einer Versammlung in der Stadtalle folgende Ausführungen gemacht: Die Sozialdemokratie habe es nicht bestritten, daß von dem Notverordnungsrecht Gebrauch gemacht werden müsse. Wenn aber Brüning jetzt eine neue Notverordnung vorbereite, so sei es nötig, auszusprechen, daß für gewisse Dinge die Grenze erreicht sei. Jede Abhängigkeit von nationalsozialistischen Forderungen werde auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Wir werden Brüning dann fragen, mit wem er regieren wolle.

Vorzeitige Einberufung des Reichstages?

DD. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Nachdem erit vor kurzem ein kommunistischer Antrag auf Einberufung des Reichstages im Ältestenrat in Abwesenheit der Nationalsozialisten abgelehnt worden war, hat der Ältestenrat heute nachmittag über einen neuen beratigen Antrag der Kommunisten zu entscheiden. Wie wir hören, ist es jedoch zweifelhaft, ob die Nationalsozialisten diesmal am Ältestenrat teilnehmen, um den kommunistischen Antrag zu unterstützen.

Die Nationalsozialisten halten es für zwecklos, durch Ältestenratsbeschlüsse die vorzeitige Einberufung des Reichstages erzwingen zu wollen, da Präsident Wels demgegenüber erklären könnte, er fühle sich durch die Bitte des Plenums gebunden, die nächste Sitzung nicht vor dem 23. Februar einzuberufen. Sollte er aber die Absicht haben, diese Annahme des Plenums durch einen anderen Beschluß des Ältestenrates umzusetzen, so läßt sich wohl die Sozialdemokratie mit der Drohung der Reichstagsenberufung einen Druck auf die Regierung ausüben, so hätten die Nationalsozialisten kein Interesse daran, diese sozialdemokratische Politik zu unterstützen. Aus diesen Erwägungen werden die Nationalsozialisten voraussichtlich auch heute dem Ältestenrat fernbleiben.

Ein politischer Weihnachts-Burgfrieden?

Waffenablieferung

M. Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Zu Meldungen in der Presse über ein härteres Waffenverbot und Erwägungen über einen politischen Weihnachts-Burgfrieden erfahren wir an zuständiger Stelle, daß solche Erwägungen schwerlich. Wahrscheinlich wird an die Länder eine Ermächtigung gegeben werden, in den Bezirken, in denen man es für notwendig hält, eine Ablieferung von Waffen vorzunehmen. Die Ablieferung von Waffen ist für die Länder selbst dürfte ungefähr vom 20. Dezember bis 6. Januar dauern. In dieser Zeit dürfen keine öffentlichen Veranstaltungen gehalten, keine politischen Plakate angeklebt und keine politischen Flugblätter verbreitet werden.

Von anderer Seite wird berichtet, daß es sich dabei um eine Angelegenheit handle, die in erster Linie eigentlich Sache der Länderregierungen wäre. Man denkt sich deshalb die Verwirklichung so, daß die Reichsregierung mit einem Erlaß an die Länder Maßnahmen verleiht, die für die Weihnachtszeit jede solche parteipolitische Betätigung in Wort und Schrift verbieten. Daß man die Meinungsaufklärung der Presse nicht unterbinden kann, liegt auf der Hand. Immerhin würde durch den Zustand eines solchen Burgfriedens zweifellos eine wesentliche Entgiftung der politischen Atmosphäre während dieser Zeit eintreten. — Bisher hat das Reichskabinet über diese Dinge noch keinen Beschluß gefaßt. In politischen Kreisen rechnen man aber mit der Wahrscheinlichkeit, daß sie der bayerischen Regierung folat.

Wirtschaftliche Umschau

Um den finanzpolitischen Ausgleich — Die Krise des englischen Pfundes

In finanzpolitischer Hinsicht stehen sich die bekannnten beiden so schwer zu vereinbarenden Tatsachen gegenüber, die öffentlichen Haushalte ins Gleichgewicht zu bringen und Produktion und Wirtschaft zu entlasten. Durch die bevorstehende Notverordnung sind aber neue Belastungen zu erwarten. Wie sie auch gestaltet werden, ihre Wirkung wird vermutlich in Anbetracht dessen, daß die Steuerlasten schon längst überdreht ist, die sein, daß die Bemühungen, das Preisniveau zum Sinken zu bringen, um die Senkung der Löhne und Gehälter erträglicher zu gestalten, die deutsche Produktion konkurrenzfähiger mit dem Ausland zu machen, neue Beschäftigung zu schaffen, wieder mehr oder weniger weitgehend werden. Dazu kommt, daß die Reichsbank, und zwar aus währungspolitischen Gründen, nicht so einfach die Wünsche der Wirtschaft erfüllen kann, die eine Diskontsenkung verlangen, um in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse dadurch eine Senkung des allgemeinen Zinssfußes herbeizuführen. Wie weit eine Senkung der Zinssätze möglich ist, die gleichfalls die deutsche Produktion sehr wirksam entlasten könnte, steht noch dahin, da ja die finanzielle Lage der Reichsbank sehr angespannt ist. Sie wird in der Hauptsache nur solche Maßnahmen treffen können, die keine größeren Mindereinnahmen in Aussicht stellen und andererseits in Anbetracht der durch Anfurberung des Verkehrs Tarifermäßigungen wieder auszugleichen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat eine Senkung der Tarife um mindestens 10 Proz. für notwendig erklärt und besondere Tarifherabsetzungen für einzelne Güter und einzelne Verkehrsbeziehungen sowie auch eine Verringerung der Spanne zwischen Städtgut- und Wagenladungstarifen auf diesem gesenkten Niveau für notwendig bezeichnet, um eine Senkung der Preise für Rohstoffe und Industrieprodukte auf breiter Grundlage durchführen zu können. Nicht anders, wie mit den Bahnfrachten, steht es ja auch mit der verlangten Senkung der städtischen Tarife für Strom, Gas usw., wegen der Finanzlage der Gemeinden.

Was die in Aussicht gestellten Belastungen der deutschen Produktion nun anlangt, so springt die Wirkung einer Erhöhung der Umsatzsteuer — man sprach von dem bisherigen Satz 0,85 Proz. auf das Doppelte oder gar auf 2 Proz. — ins Auge. Der Besitzer eines mittleren Betriebs hat nachgerechnet und uns erklärt, daß z. B. eine fünfprozentige Senkung der Löhne für ihn eine Minderausgabe von 12 000 RM im Jahre bedeuten würde, während die in Aussicht gestellte Erhöhung der Umsatzsteuer eine Mehrausgabe von 15 000 RM für ihn mit sich bringen müßte, wobei die Vorbelastung durch die Umsatzsteuer bei Bezug der Rohstoffe, Betriebsmittel usw. noch gar nicht gerechnet sei. Dazu kommt aber, daß sich doch die Lohnermäßigung in den Preisen, also nicht direkt zugunsten des Unternehmers, auswirken soll, so daß unter dieser Voraussetzung die Erhöhung der Umsatzsteuer eine reine neue Belastung darstellen müßte. Mit der Erhöhung der Umsatzsteuer ist aber zu rechnen. Sie wurde ja schon seit langem von Regierungsseite als „letzte Steuerreserve“ bezeichnet.

Ähnliche Argumente wie gegen die Umsatzsteuer werden gegen die Einführung einer Kapitalertragsteuer erhoben, die sich nach bekanntgewordenen Plänen nicht nur auf langfristige Anlagen (Hypotheken, Pfandbriefe, Aktien), sondern auch auf Bank- und Sparkasseneinlagen erstrecken und 30 Proz. der Zinsen betragen soll. Bis zu Beginn dieses Jahres bestand eine solche Kapitalertragsteuer, sie betrug aber nur 10 Proz., war zudem auf die Einkommensteuer voll anrechnungsfähig und wurde aus volkswirtschaftlichen Gründen, um den Kapitalmarkt möglichst pfleglich zu behandeln, aufgehoben. Es hieß eine Zeitlang, daß man daran denke, den Ertrag zur Zinssenkung zu verwenden. Aber dagegen wurde angeführt, daß das auch nichts anderes wäre, als der Versuch, den Kapitalzins zum Schaden des Gläubigers unter Gefährdung weiterer Kapitalbildung einfach durch Dekret niedriger anzusetzen, und daß damit außerdem geradezu ein großes Subventionsystem für schwache Betriebe errichtet werden müßte. Bervendet man aber die wiederingeführte Kapitalertragsteuer nur für allgemeine Etatszwecke, dann bedeutet sie ebenso wie die Umsatzsteuer das Gegenteil einer Entlastung, näm-

lich eine Zinssteigerung. Dem Hinweis, daß auch in anderen Ländern, die mit uns konkurrieren, Kuponten bestehen, wird entgegengehalten, daß dort die durchschnittlichen Zinssätze erheblich niedriger sind als bei uns in Deutschland, und daß ein prozentualer Zuschlag zu den Zinsen dort auch eine geringere Rolle spielt, zumal auch die Kapitalmärkte dieser Länder sich in besserer Verfassung befinden. Seinerzeit, bevor es zur praktischen Aufhebung der Kapitalertragsteuer kam, wurde auch immer wieder darauf hingewiesen, daß sie den inneren Kredit verteuere, und sämtliche politische und wirtschaftliche Kreise traten für ihre Abschaffung ein. Heute kommt noch hinzu, daß sehr viele Besitzer von Effekten schon sehr erhebliche Verluste am Kurswert ihrer Papiere zu verzeichnen haben und ihnen obendrein noch ihre Zinsen gekürzt würden. Bei neuen Emissionen würden die neuen Belastungen aber die Schuldner zu tragen haben.

Die Weltwirtschaftskrise erfährt durch die in den letzten Tagen aufs neue eingetretenen Krisenerscheinungen der Währungen, vor allem des englischen Pfunds, und auch der Währungen, die sich an das englische Pfund angehängt haben, der der nordischen Länder und Portugals sowie außerdem der Währungen in Österreich und Ungarn eine neue Verschärfung. Sie verspürt natürlich insbesondere ein so sehr auf den Außenhandel angewiesenes und so stark an das Ausland verschuldetes Land wie Deutschland. Dazu müssen wir auch damit rechnen, daß England bei den kommenden Reparationsverhandlungen dadurch aktionsunfähiger und abhängiger von der französischen Politik wird.

Als man in England vor 11 Wochen, am 21. September, sich zu einer vorläufigen und zeitweiligen Einstellung der Goldentwertung entschloß, hat man dabei, auf die großen Reserven der englischen Wirtschaft sich stützend, umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um dadurch nicht eine wirkliche Inflation einzuleiten, über deren Wirkungen freilich sowohl die verantwortlichen Stellen wie das englische Volk nicht so eindringliche Lehren erhalten und Erfahrungen gesammelt haben, wie wir in Deutschland. Lange rechnete man damit, daß das englische Pfund von seinem alten Goldkurs von über 20 RM auf einen neuen Goldkurs von etwa 16 RM oder 100 französische Franken stabilisiert werde. Aber das Pfund sank nach vorübergehender Erholung immer weiter, und in den letzten Tagen so stark, daß es rund ein Drittel seines ehemaligen Goldwerts verlor. Die Ursachen davon sind mannigfaltig: Der saisonmäßig in dieser Jahreszeit für ein so stark auf Einfuhr angewiesenes Land wie England verstärkte Import von Rohstoffen und Lebensmitteln, die neuen Zollerhöhungen, die den englischen Handel veranlaßten, sich vorher noch möglichst stark mit ausländischen Waren einzudecken, wobei in ausländischer Währung bezahlt werden mußte, weil das Ausland angeht, der Entwicklung des Pfundes Barzahlung, und zwar in festen Währungen verlangte, die Lösung der Notenbanken, vor allem der holländischen, von ihren Pfundbeständen und schließlich auch eine nicht mehr zu verheimlichende englische Kapitalflucht. Dieser letztere Punkt ist das allerbedenklichste. Denn er zeigt, daß man nun auch dort begreift, was droht. Das englische Preisniveau ist der Pfundentwertung noch nicht gefolgt. Es ist bisher nur um rund 10 Proz. gestiegen. Dabei wird es aber nicht bleiben, und wenn nun auch eine Zeitlang, solange diese Differenz zugunsten der englischen Produktion besteht, England dadurch im Vorteil ist, ist doch schließlich mit einer weiteren Anpassung der Preise an den Pfundkurs, d. h. mit ihrer Steigerung zu rechnen. Schon aus diesem Grunde wird es für England mit der Zeit kaum einfacher werden, zu einem neuen stabilen Kurs zurückzukehren. Eine solche Notwendigkeit besteht übrigens auch für den englischen Export, da die englischen Exporteure bei der Fakturierung ihren Waren auf der Pfundbasis immer größere Verluste erleiden, während die Rohstoffe, die man zur Warenherstellung einführen muß, verteuert werden.

Deutschland verspürt die Schwankungen des Pfundkurses recht empfindlich. Unsere Wirtschaft kann zwar Verpflichtungen, soweit sie auf englische Pfund lauten und keine Goldklausel in ihnen enthalten ist, nun billiger abdecken, aber dem steht sowohl der Mangel an Devisen wie auch die aus diesem Grund erlassene Devisenengeziehung entgegen. Mit den Schuldentilgungszahlungen sind wir ja am Ende unserer Kraft. Nach Ausführungen des Reichsbankpräsidenten hat Deutschland innerhalb eines Jahres über 5 Milliarden Auslandsschulden und seit dem 31. Juli, dem Stichtag, von dem ab das Stillhalten läuft, bis Mitte November weit mehr als 1 Milliarde. Das ist auch die Haupterklärung dafür, daß sich unsere hochaktive Handelsbilanz nicht in einer Steigerung des Devisenbestands der Reichsbank, sondern in einer immer schwierigeren Devisenlage unseres deutschen Noteninstituts auswirkt, dessen Notendeckung nach dem letzten Reichsbankausweis vom 30. November wieder zurückgegangen ist, und zwar von 27,5 Proz. auf 25,3 Proz. Nur infolge der neuen strengen Devisenmaßnahmen kam es nicht zu einer noch stärkeren Abnahme der Deckungsmittel. Der Weg des englischen Pfunds müßte aber auch eine Mahnung für diejenigen sein, die eine zwangsweise Devaluierung, d. h. Wert-

minderung der Reichsmark befürworten, wie z. B. nun ein bekannter Wirtschaftsjournalist im „Berliner Tagblatt“, der im Widerspruch mit eigenen früheren Ausführungen dieser Tage verlangte, daß der Goldgehalt der Reichsmark um 20 bis 25 Proz. verringert werden sollte. Was dagegen zu sagen ist, wurde an dieser Stelle schon früher mehrfach ausgeführt. Es wäre keine Lösung, und nur der äußerst gefährliche Versuch mit wenig tauglichen Mitteln, die deutschen Wirtschaftsprobleme hinauszuschieben und einer ehrlichen Lösung aus dem Wege zu gehen.

Anschlußdebatte im österreichischen Nationalrat gegen die Donauföderation

Im österreichischen Nationalrat erklärte am Donnerstag Abg. Ellenbogen (Sozdem.), daß gewisse Kreise um die Christlichsozialen Partei Hand in Hand mit der französischen Hochfinanz arbeiteten, in der der Redner die eigentliche Urheberin der „Dahpolitik“ gegen Deutschland sieht. Diese habe das Ziel, alle Währungen zu untergraben, um dadurch die fremden Industrien, vor allem die deutsche und auch die österreichische, in ihre Hand zu bekommen. Dies sei eine neue Form des Imperialismus. Da diese französische Politik auch die Ablehnung des Anschlußgedankens enthalte, so werde sie blind vor jenen gekennzeichneten Eliten mitgemacht. Der Regierung sei ihre Schwäche diesen Wählerkreisen gegenüber vorzuwerfen. Im weiteren Verlauf seiner Rede lehnte der sozialdemokratische Abgeordnete eine Union mit Ungarn als ein Mittel gegen den Anschluß ab und erklärte, die Sozialdemokraten würden als Bedingung eines evtl. Eintrittes in die Regierung die Räumung und Erledigung aller dieser Feinde der Republik fordern.

Auch ein landbündlerischer Abgeordneter beschäftigte sich mit den Fragen der Zollunion und Donauföderation und betonte, daß Österreich niemals einer Kombination zustimmen könne, an der nicht Deutschland führend beteiligt wäre. Abg. Hampel vom nationalen Wirtschaftsblock knüpfte an das Wort des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel: „Kein Abkommen ohne das Deutsche Reich“ an, um gegen den Gedanken einer Donauföderation entschieden aufzutreten. Auch das deutsche Volk in Österreich werde das Recht der Selbstbestimmung in Anspruch nehmen können und seine Heimat in einem großen deutschen Vaterlande finden.

Preßestandal in Wien

Der österreichische Finanzminister Dr. Weidenhoffer informierte den Finanzausschuß des österreichischen Nationalrats, welche Zuwendungen von der Österreichischen Kreditanstalt im Mai und August 1931 vorgenommen wurden. Er gab bekannt, daß ein Wiener Rechtsanwält ein Betrag von 300 000 Schilling erhalten habe, sich jedoch weigere, über dessen Verwendung nähere Auskunft zu geben. Weitere 261 000 Schilling seien in Form von Inzeratengebühren, Spenden und Remunerationen an Vereine, Zeitungen und Journalisten verteilt worden. Die Namen der Empfänger werden der Ständesorganisation der Wiener Journalisten ausgehändigt werden, die durch ihren Ehrenrat die Angelegenheit untersuchen wird. Der Finanzausschuß beschloß, die Regierung zu ersuchen, sich durch die Direktion der Kreditanstalt Aufklärung über die im Mai 1931 aufgewendeten 300 000 Schilling zu verschaffen. Zwei sozialdemokratische Anträge auf Rückzahlung der an Zeitungen und Journalisten verteilten Beträge sowie auf Rechnungslegung der von den Vereinen erhaltenen Summen, fanden gleichfalls Annahme.

Rückwirkungen der Weltkrise auf Frankreich

W.W. London, 4. Dez. (Tel.) Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten einzelner französischer Banken spricht „Financial News“ die Hoffnung aus, daß die französische Regierung und die französische öffentliche Meinung dadurch veranlaßt würden, den Ernst der internationalen Lage besser zu würdigen und sich klar darüber zu werden, welche Rückwirkungen die Weltkrise auf die französische Wirtschaft haben könnte.

W.W. Paris, 4. Dez. (Tel.) Journal Officiel veröffentlicht ein Dekret, das eine Beschränkung der Einfuhrgenehmigungen vorsieht für Länder, die die Devisenkontrolle eingeführt haben. Die Einfuhr aus diesen Ländern nach Frankreich wird zum Teil oder ganz von der Bewilligung von Einfuhrgenehmigungen abhängig gemacht, falls die Devisenkontrolle in den betreffenden Ländern die Regelung der französischen Guthaben zu beeinträchtigen geeignet ist.

Die ungarische Puttschaffäre

W.W. Budapest, 4. Dez. (Tel.) Die Polizei hat die Verhöre in der Angelegenheit des Puttschversuches noch nicht abgeschlossen. Die Polizei erwähnt bei den Verhören auch hochgestellte Persönlichkeiten. Gestern ist die Gattin des Präsidenten der ungarischen Hilslerpartei, Ladislaus Temesvary, verhört worden. Man vermutet, daß sie an den Vorbereitungen des Puttschplanes teilgenommen hat. Sie wurde im Militärgefängnis zurückgehalten.

Der österreichische Schilling. Im österreichischen Nationalrat erklärte der Finanzminister, daß der Inlandwert des österreichischen Schillings bisher nicht die geringste Einbuße erlitten habe. Die Regierung verteidige nach wie vor die Parität des Schillings.

Billigung der englischen Indienpolitik. Das englische Unterhaus nahm Donnerstagabend den Antrag des Premierministers, die Indienpolitik der Regierung zu billigen, an. Ein Änderungsantrag Churchills wurde mit 869 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Ein „Hungermarsch“ in Amerika. Die Polizei der Bundeshauptstadt Washington trifft alle Vorbereitungen zum Empfang eines für Montag, dem Tage des Kongreßbeginns, erwarteten Einzugs eines „Hungermarsches“ aus dem Mittelwesten.

Präsidentenwahl in Argentinien. Bei der Wahl zum Präsidenten der Republik Argentinien hat General Justo gesiegt. Er erhielt die Stimmen von 234 Wahlmännern, welche 725 000 Stimmberechtigte vertreten. Für den Gegenkandidaten stimmten 124 Wahlmänner, die 428 000 Stimmberechtigte vertreten. Das noch fehlende Resultat der Provinz Buenos Aires kann an dem Ausgang der Wahl nichts mehr ändern.

Aktion zur Senkung der Fleischpreise

W.W. Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Im Reichsernährungsministerium finden zur Zeit Verhandlungen mit den beteiligten Fachkreisen statt, die auf eine Senkung der Fleischpreise abzielen. Vor allem ist die verbilligte Abgabe von Fleisch an Erwerbslose und Unterstützungsempfänger in Aussicht genommen. Für diesen Zweck ist von Reichs wegen eine Summe von 15 Mill. RM. bereitgestellt. Bei der Aktion sollen jedoch auch gewisse Opfer von dem Fleischhandel getragen werden. Über diese Sonderaktion hinaus wird eine allgemeine Senkung der Fleischpreise erstrebt durch Abbau aller Lasten, die für die Preisspanne verantwortlich sind. Die Besprechungen sind bereits soweit gediehen, daß mit der Inkraftsetzung der niedrigeren Preise am 15. Dezember gerechnet werden kann.

Kurze Nachrichten

Die Stundungsanträge für Aufwertungshypotheken bis zu dem Endtermin, dem 30. November, sind in solcher Menge eingereicht worden, daß eine Prüfung im einzelnen keinesfalls vor dem 1. Januar stattfinden kann. Deshalb wird eine Art allgemeinen Moratoriums für Aufwertungshypotheken erwartet.

Für einen wirksamen Volkstreudungsaußschuß hat sich die bayerische Regierung ausgesprochen, und der Reichsregierung Vorschläge übermittelt, um die Notlage der Landwirtschaft zu erleichtern.

Im Haushaltsauschuß des Reichstags warf am Donnerstag der Abgeordnete Dr. Köhler (Zent.) die Frage auf, ob bei den langen Reisen in den Arbeiten des Reichstags die hohen Zahlungen an die Reichsbahn für die Freifahrtkarten der Abgeordneten noch gerechtfertigt seien.

Vom Deutschen Industrie- und Handelstag wurde der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau, Dr. Bernhard Grund, einstimmig zum Präsidenten gewählt. Der bisherige Präsident Franz v. Mendelssohn wurde Ehrenpräsident.

Der sozialdemokratische Parteiauschuß hat sich gegen eine Zeitungsgründung des Reichsbannervorstehenden Börling ausgesprochen. Die Zeitung „Deutscher Volkskurier“ wird von dem früheren Chefredakteur der „Börs. Ztg.“, Bernhardt, geleitet.

Verhaftung eines Deutschen in Polen. Polnischen Blättermeldungen zufolge ist bei Lemberg ein angeblich reichsdeutscher Staatsangehöriger von der Polizei verhaftet worden, der im Auftrage der NSDAP die Stimmung unter den deutschen Kolonisten und unter den Ukrainern habe erkunden wollen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es am Donnerstag zu stürmischen Szenen. Der Kommunist Fritz Lange nannte die Nationalsozialisten eine „ganz gemeine Arbeiterkammerpartei“. In den Tumult mischten sich auch schulle Pöffe. Die auf der Tribüne anwesenden Erwerbslosen bildeten einen Sprechchor. Bei der Abstimmung über einen kommunistischen Antrag (Aufhebung der Kürzungen der Erwerbslosenunterstützung und Weihnachtshilfe) verließen die bürgerlichen Parteien den Saal. Die Sozialdemokraten entließen sich der Stimme unter großem Lärm des Hauses, wobei die Rufe „Arbeiterherr!“ laut wurden. Der Gesang der Internationale, Verwünschungen auf die Sozialdemokratie und Rufe nach der Verhaftung der stürmischen Ausgang der Sitzung.

Vom Elarek-Prozess

Im Elarek-Prozess wurde am Mittwoch der frühere Stadtrat Langemeister von der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion vernommen. Er hat bei seinem Fraktionskollegen, dem Stadtrat Venede, die Elareks kennengelernt. Eine nähere Bekanntschaft sei aber nicht zustande gekommen. Auf die Frage, ob der Zeuge etwa von den Elareks Geld erhalten habe, antwortete Langemeister: „Jawohl, von Max Elarek habe ich einmal 6000 Mark für die deutschnationale Fraktion erhalten, nachdem ich an ihn deshalb herangetreten war. Ich sagte Max Elarek, daß wir Geld zur Stadtverordnetenwahl bräuchten.“ Er glaube aber nicht, daß sich Max Elarek bei der Geldübergabe von dem Gedanken an etwaige Gegenleistungen habe leiten lassen.

Kleine Chronik

Die Brandfälle mehren sich in Oberbayern so sehr, daß die heunüchternen Bauern zur Selbsthilfe scheitern. So wurden in Dietramszell, dem Sommeraufenthalt des Reichspräsidenten, und in den umliegenden Gemeinden, „mit Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und die erschreckende Brandgefahr in Oberbayern“, Ortswehren gegründet. Die Brandstiftungen werden auf politische Motive und kommunistische Umtriebe zurückgeführt.

Der Flensburger Dampfer „Mildburg“, der in der Nacht zum 29. November bei Oland strandete, ist in ernste Gefahr geraten. Wegen des heftigen Sturmes mußte ein schwedischer Bergungsdampfer, der acht seiner Leute an Bord der „Mildburg“ übersehte, die Hilfeleistung abbrechen und zurückkehren. Mit den neunzehn Mann Besatzung sollen sich jetzt insgesamt siebenundzwanzig Personen an Bord der „Mildburg“ befinden.

Gegen den Kunstmaler Otto Wader in Berlin, der in den Jahren 1925 bis 1928 insgesamt 30 Gemälde mit dem Namenszug „van Gogh“ verfertigen und diese zu einem Durchschnittspreis von mehr als 10 000 Reichsmark verkauft hat, ist wegen fortgesetzten Betrugs und Pfandbruchs Anklage erhoben worden.

Wie aus Wilna gemeldet wird, ist im dortigen Gebiet eine Flecktyphusepidemie ausgebrochen. Gegenwärtig erkranken drei bis vier Personen täglich.

Bei Kallake in der irischen Grafschaft Clare stürzten sechs Knaben beim Spielen am Donnerstag in einen 3 Meter tiefen Kanal. Fünf Knaben ertranken, während einer gerettet werden konnte.

In Berkeley (Kalifornien) ereignete sich bei einem Brand eine Gasexplosion. Zwei Personen wurden getötet, eine schwer und sechzig leicht verletzt. Drei Personen werden vermisst. Die große Zahl der Verletzten erklärt sich daraus, daß brennende Haus- und Möbelteile durch die Explosion auf die Menge geschleudert wurden, die sich in den Straßen gesammelt hatte.

In Jacksonville (Florida) brach eine heftige Feuersbrunst aus, die von einer Reihe von Explosionen begleitet war. Sämtliche Hafentanks sind von ihr bedroht. Die Explosionen waren eine Folge von Entzündungen von Chemikalien. Der Schaden wird auf 6 Millionen Dollars geschätzt.

Auktionshaus Schwer Kreuzstr. 3, Eingang Zirkel, Tel. 4852
Größte Auktionshalle am Platze.

Samstag, 5. Dez., nachm. 3 Uhr, gelangen zur Versteigerung u. a.: Tochterzimmer, Möbel aller Art; ferner Harmonium, Grammophon, Altd. Waschränk m. Becken, Tafelbestecke, Keramiken und Anderes. Regelmäßige Versteigerungen

Badischer Teil

Das Verfahren bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird uns geschrieben:

** In der Nr. 268 vom 1. Dezember 1931 des „Führer“ hat der Landtagsabgeordnete Köhler an den Herrn Staatspräsidenten einen offenen Brief gerichtet, in welchem unter Hinweis darauf, daß zahlreiche badische Bauern und Mittelständler unverschuldeterweise am Ende ihrer wirtschaftlichen und seelischen Kräfte angelangt seien und daß ihnen nun ihre letzte Habe zwangsversteigert werde, sofortiges Eingreifen des Herrn Staatspräsidenten verlangt wird.

Hierzu wird folgendes bemerkt: Die besorgniserregende Zunahme der Zahl der Grundstückszwangsversteigerungen hat dem Justizminister Dr. Schmitt schon unter dem 10. Oktober 1931 (Nr. 58 369) Veranlassung gegeben, beim Reichsjustizministerium vorstellig zu werden und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß nicht nur bezüglich der Aufwertungshypothesen, sondern überhaupt wegen aller Hypothesen seitens der Reichsregierung mit sämtlicher Beschleunigung Maßnahmen getroffen werden müßten, um einer drohenden Katastrophe auf dem gesamten Grundstücksmarkt zu begegnen. Als geeignete Maßnahmen sind hierbei die folgenden vorgeschlagen worden:

1. Es soll bestimmt werden, daß das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Grundstücksbesitzers an Stelle der beantragten Zwangsversteigerung die Zwangsverwaltung anordnen kann. Hierdurch könnte in vielen Fällen gleichzeitig einerseits ein Schutz des Schuldners, andererseits aber auch eine ausreichende Berücksichtigung der Interessen des Gläubigers erreicht werden.

2. Das Vollstreckungsgericht soll allgemein ermächtigt werden, unter billiger Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der wirtschaftlichen Verhältnisse von Gläubiger und Schuldner, die Einstellung der Zwangsversteigerung auf einen bestimmten Zeitraum (höchstens etwa auf zwei Jahre) anzuordnen. Als Vorbild für diese Regelung wurde das Gesetz zum Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsversteigerungen vom 22. Dezember 1920 (RGBl. S. 2162) empfohlen.

Im Sinne dieser Vorschläge sind kurz nachher in Berlin auch dringende mündliche Vorstellungen erhoben worden. Mit Schreiben vom 24. November 1931 (Nr. 67040), ist der badische Justizminister erneut in der gleichen Frage beim Reichsjustizminister vorstellig geworden. Seitens anderer Länder sind Anträge, die sich in derselben Richtung (Vollstreckungsschutz) bewegen, wohl zu erwarten.

Eigene Maßnahmen der vorgeschlagenen Art kann das Land Baden nicht treffen, weil es sich um eine Angelegenheit handelt, die ausschließlich der Zuständigkeit der Reichsregierung unterliegt.

Diese Tatsachen beweisen die Unrichtigkeit der Unterstellung, als ob der Herr Staatspräsident das Heil allein in polizeilichen Maßnahmen erblicke. Der Herr Staatspräsident hat in seiner Ansprache nach seiner Erwählung übrigens nicht nur von polizeilichen Maßnahmen gesprochen, sondern auch von der Nothilfe, und zwar von dieser in erster Reihe. Die Nothilfe beinhaltet, die reichlich fließenden Geldspenden auch zum unmittelbaren Ankauf beim Landwirt zu verwenden.

Kritische Lage ausgeübender Wehrmacht- und Polizeiangehöriger

Bedrohte Zivilversorgung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Unter diesen Schlagzeilen sind in einer Reihe badischer Tageszeitungen Ausführungen über die schwierige Lage der Zivilversorgung im Reich erschienen. Soweit darin die wichtigen staatspolitischen Gründe unterstrichen werden, die für eine zureichende Zivilversorgung der Wehrmacht- und Polizeiangehöriger sprechen, und soweit auf die gute Heranbildung des Soldaten und Polizeiangehörigen für den Behördendienst abgehoben wird, ist den Ausführungen durchaus zuzustimmen.

In Kreisen, welche der Frage fernere stehen, könnten indessen die Gesamtausführungen und die Zahlenangaben, wenn wohl auch unbeeinträchtigt, zu der Annahme führen, als ob etwa die Anstellungsbehörden ihrer Einstellungspflicht nicht nachkämen. Wenn beispielsweise darauf abgehoben wird, daß im Jahre 1930 von 21 200 im Deutschen Reich freigeordneten und wiederbeschäftigten Beamtenstellen nur 8000 mit Versorgungsanwärtern besetzt wurden, so ist zu beachten, daß von diesen 21 265 freigeordneten Stellen es nur 12 687 Stellen gewesen sind, welche den Versorgungsanwärtern vorbehalten waren. Auch verdient, wenn nur 8137 Versorgungsanwärter eingestellt worden sind, die Tatsache Berücksichtigung, daß von den freigeordneten Stellen selbst 5277 Stellen überhaupt weggefallen oder vorläufig nicht wieder besetzt worden sind. Wir erkennen also in diesen Zahlen, welche der Reichstagsdrucksache 1930 Nr. 1143 entnommen sind, eine beachtliche Auswirkung der allgemeinen Wirtschaftslage für die Zivilversorgung.

Nun muß man sich aber auch vergegenwärtigen, welche gewaltige Aufgaben auf diesem Gebiet gestellt waren. Vorweg waren zahlreiche Beamtenstellen in den abgetretenen Gebieten dauernd verloren gegangen, und es hatte eine große Zahl von Beamten aus jenen Gebieten vor den Versorgungsanwärtern untergebracht werden müssen. Weiter sind seit dem Inkrafttreten des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 nicht weniger als rund 57 000 Beamtenstellen an Schwerbeschädigte ausgefällt worden. Das Gewicht dieser Zahl wiegt nicht viel geringer, wenn hieran rund 10 000 Scheine wieder abgehen, welche der Behörde gegen Geldentschädigung zurückgegeben worden sind.

Prüfung der Handarbeitslehrerinnen

** Am staatlichen Handarbeitslehrerinnenseminar in Karlsruhe findet in der Zeit vom 29. Februar bis 10. März eine Prüfung für Handarbeitslehrerinnen statt. Besuche um Zulassung zu dieser Prüfung müssen bis spätestens 6. Februar 1932 unter Anschluß der nötigen Beilagen (selbstgeschriebener Lebenslauf, Geburtschein, Leumundzeugnis, Gesundheitszeugnis, Schulzeugnisse, bzw. Zeugnisse über bereits abgelegte Prüfungen), beim Ministerium des Kultus und Unterrichts eingereicht werden. Die verlangten praktischen Arbeiten sind in der vorgeschriebenen Form bis spätestens 6. Februar 1932 dem staatlichen Handarbeitslehrerinnenseminar in Karlsruhe, Ruppurrer Straße 29, vorzulegen.

Die Winternothilfe eine nationale Aufgabe des deutschen Volkes!

Als zu Beginn des Weltkrieges das deutsche Volk die unermessliche Aufgabe übernahm, einer Welt von Feinden zu trotzen, als unsere Heldengräber mit einem heiligen Ernst im Herzen im Gleichschritt der Bataillone hinaus in Not und Tod zogen, da war in uns allen ein Schauer über der Gewalt des Schicksals, das alle in seinen Vann zu zwingen vermochte. Damals, als die große Notzeit des Vaterlandes — eine viel härtere als die gegenwärtige — begann, damals waren wir wahrhaft durch die Volksgemeinschaft verbunden.

Und doch, damals ging es in den Tod, in die Vernichtung allen Lebens, damals opferte man mit einem Federstrich die gesamte deutsche Wirtschaft, den gesamten Außenhandel, den wir in jahrzehntelangem Mühen aufgebaut hatten. Damals gingen zu Hunderttausenden Familienbande in Stücke und wurden unarmherzig zerschneidet. Damals opferte das deutsche Volk sein Bestes, seine Jugend, um deren Manneskraften wir heute kriegen wären. Damals tat jeder sein Bestes, damit wir den Krieg gewinnen und die Not des Vaterlandes überwinden sollten, und daran glaubten wir.

Heute aber geht es um keinen Kampf mit dem Trommelfeuer schwerer Haubitzen, nicht um das Nehmen einer Feindstellung, heute geht es darum, ob wir Manns genug sind, unser Volk über den Winter hindurchzubringen, darum, zu sorgen, daß unsere erwerbslosen Volksgenossen mit ihren Frauen und Kindern warmes Essen und warme Winterkleidung haben. Wir sprechen so viel von den Gefallenen, von ihrem Opferdort fürs Vaterland. Wir mühten uns vor diesen Toten schämen, wenn es uns nicht gelingen wollte, für die Familien der Erwerbslosen zu sorgen, von denen die Mehrzahl mit uns im Schützengraben lag, die mithalfen, daß unsere deutschen Städte und Dörfer samt Kind und Regel nicht vom Erdboden verschwinden. Jetzt ist die Stunde da, den Dank des Vaterlandes in die rettende Tat umzusetzen.

Vieles wird schon getan, unsere Notgemeinschaften tun ihr Bestes. Ihre Hilfe aber hängt ausschließlich davon ab, wieviel Spendenmittel sie erhalten. Viele haben schon vieles gegeben, aber manch einer von uns könnte etwas mehr tun, würde das auch sicher gerne, wenn er den Umfang der Not kennen würde. Und diesen sei nochmals gesagt, die Not ist wirklich riesengroß und es bedarf aller Anstrengungen, ihrer Herr zu werden. Und diese Not hat sich eine Festsung gebaut mit mancherlei Hindernissen. Jetzt ist die Zeit wieder da zu Geldentum, zu einem neuen Geldentum, wo die schweren Haubitzen der Nächstenliebe ihre Arbeit beginnen müssen, wo in jedem Grabenlampf die Schützengräben der Not mit den Handgranaten der Bruderliebe aufgerollt werden, mit Brot, mit Schuhwerk und mit warmen Winterkleidern.

Wir haben im Kriege so viel Unmensliches geleistet und deshalb mühte es uns möglich sein, auch die Festsung der Not zu bezingen. Diese Tat sind wir unsern Gefallenen schuldig, unserer selbigen Kameradschaft, denkt an die Frauen und Mütter, die ihre Söhne und Männer, wenn auch unter vielen Tränen, begaben, und dann wird es jeder von uns fertig bringen, von seinem Besitz und Einkommen — von dem er einmal doch nichts mitzunehmen vermag — einmal ein wirkliches Opfer, das tatsächlich auch ein Opfer ist, der nächsten Notgemeinschaft auf den Gabentisch zu legen.

Also, lieber Freund! Hast auch Du schon geholfen? Wenn nicht, dann gib schnell und möglichst auch viel der Winternothilfe!

Von Einem, der mit dabei war.

wir wollen helfen!

Verwarnung des nationalsozialistischen „Grüßhorn“ in Lahr

** Der Minister des Innern hat gegen das in Lahr erscheinende Nachrichtenblatt „Das Grüßhorn“ wegen eines in der Folge Nr. vom 27. November erschienenen Artikels, der einen Verstoß gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen enthielt, eine Verwarnung ausgesprochen.

Die 38. landwirtschaftliche Wanderausstellung 1932 in Mannheim

In der Kunsthalle in Mannheim fand eine Versammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft statt mit dem Zweck, die Reichsausstellung der Landwirtschaft in Mannheim im kommenden Jahre vorzubereiten. An den Beratungen nahmen u. a. teil der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer Dr. Graf Douglas, der Vizepräsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Vertreter der Staats- und städtischen Behörden, Landtagsabgeordnete und Vertreter des Handwerks, der Hausfrauenvereine u. a. m.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich begrüßte den Entschluß der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die 38. Wanderausstellung im nächsten Jahre in Mannheim abzuhalten und erinnerte daran, daß die erste dieser Ausstellungen im Jahre 1902 in Mannheim stattfand. Die Stadt sei bereit, nicht geringe Opfer für die Ausstellung zu bringen. Der Aufwand von etwa 100 000 RM. müsse in Höhe von 37 400 RM. von der Straßenbahn gedeckt werden. Der Rest werde zur Hälfte in die Voranschläge 1931/32 eingestrichelt.

Es folgte dann eine eingehende Besprechung über Aufbau und Gestaltung der Ausstellung. Die Stadt Mannheim stellt einen Platz von 280 000 Quadratmeter zur Verfügung. In der Abteilung Tiere werden die Pferde sehr stark vertreten sein. Das Höhenfleisch der drei badischen Jagdgenossenschaften wird mit Bayern, Württemberg und Oesterreich in Wettbewerb treten. Die Gruppen Schafe und Schweine werden alle bedeutenden deutschen Rassen aufweisen. Bei der Ausstellung wird nur Hochschlachtvieh gezeigt, um die Entwicklung der deutschen Tierzucht für In- und Ausland in maßgeblicher Weise zu befördern. In der Abteilung „Landwirtschaftliche Erzeugnisse“ wird die Masse des Ausstellungsgutes in einer großen „Erzeugnisshalle“ vereinigt.

Neben allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden auch in umfassendem Maße Maschinen und Geräte gezeigt.

Aus der badischen Landwirtschaft

Starke Zunahme der Maul- und Klauenseuche. Im Amtsbezirk Mannheim ist die gefährliche Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen so stark aufgetreten, daß nur noch vier Gemeinden, nämlich Pfalzstadt, Joesheim, Schriesheim und Reisk bisher noch seuchenfrei sind. Mit einem Drittel Er-

krankung des Viehs sind Hockenheim, Ladenburg, Sandhofen und Seidenheim am stärksten betroffen. Das Bezirksamt Mannheim hat entsprechende Sperr- und Abwehrmaßnahmen getroffen.

Aus der Landeshauptstadt

Totengedenkfeier auf der „Karlsruhe“. Beim Passieren des englischen Kanals wurde durch den Kreuzer „Karlsruhe“ bei Beach Head eine Gedenkfeier für die im Kriege gefallenen Angehörigen der Unterseeboots- und Torpedobootsabwehr abgehalten. Während des Weltkrieges sind betanndlich 111 Torpedoboote und 199 Unterseeboote verlorengegangen. Im Anschluß an die Feier wurde ein Kranz mit eisernem Kreuz benetzt.

Anlässlich des Festes Mariä Empfängnis wird in diesem Jahre der zwischen dem 6. und 8. Dezember liegende Montag in die Geltungsdauer der Sonntagsruckschiffahrt einbezogen. Die Sonntagsruckschiffahrt gelten zur Hinfahrt vom 5. Dezember, 12 Uhr, bis 8. Dezember, zur Rückfahrt vom 5. bis 9. Dezember, 9 Uhr. Die Rückfahrt muß am 9. Dezember spätestens um 9 Uhr angetreten und darf nach 9 Uhr nicht mehr unterbrochen werden. Zu „Mariä Empfängnis“ geben Sonntagskarten aus: die Reichsbahndirektionen Karlsruhe, Augsburg, Köln, München, Münster, Nürnberg, Regensburg und Trier.

Politische Ansammlungen. In den Straßen von Daxlanden fanden am Donnerstag zwischen 19 und 21 Uhr wiederholt größere Ansammlungen (200 bis 300 Personen) in der Nähe einer Wirtschaft statt, in welcher eine von den Nationalsozialisten angekündigte, von der Polizeidirektion aber aus Sicherheitsgründen verbotene Versammlung abgehalten werden sollte. Es handelte sich hierbei um Gegner der NSDAP. Die Polizei mußte mehrere Male zur Räumung der Straßen einschreiten.

Der kommunistische Pfarrer Edert sprach in einer Versammlung im großen Festhalleaal am Mittwochabend über seine Auslandreise. Nur kurz kam er dabei (unbegreiflicherweise) auf die bolschewistische Gottlosenbewegung zu sprechen und begründete sie mit der Feststellung, daß die russische Kirche von jeher das wichtigste Machtinstrument des Zarenismus gewesen sei. Auch die deutsche Kirche werde ebenso wie die russische untergehen, wenn sie die Zeichen der neuen Zeit nicht verstehe. Von besonderem Interesse waren die Bemerkungen, die Pfarrer Edert unter Bezugnahme auf die gegen ihn schwebende Disziplinaruntersuchung der evangelischen Landeskirche machte. Wenn die Kirche ihn seines geistlichen Amtes entheben würde, müßte er sich automatisch auch aus dem Verband der Kirchenangehörigen überhaupt ausgeschlossen betrachten und mit ihm zahlreiche seiner Gefinnungsgenossen.

Wegen Übertretung der Milchordnung mußte die Polizei gegen einen versch. Milchhändler von hier einschreiten, weil er den Vorschriften zuwider 6 Milchkannen auf die Straße stellte, ohne sie von einer erwachsenen Person beaufsichtigen zu lassen. Die Folge war, daß sie von Hunden berunreinigt wurden.

Autounfall. Auf der Landstraße zwischen Raßatt und Neumalsch fuhr Donnerstag vormittag ein mit zwei Personen besetztes Karlsruher Auto mit voller Wucht gegen einen Baum. Einer der Insassen, Rechtsanwalt Marx aus Karlsruhe, wurde im Gesicht erheblich verletzt.

Badisches Landestheater. „Oly-Polly“, die Operette von Walter Kollo, Text von Arnold und Bach, deren Erstaufführung am Sonntag, den 6. Dezember, im Konzerthaus stattfindet und aller Voraussicht nach die großen Erfolge der Konzerthausaufführungen der vorigen und neuen Spielzeit fortsetzen dürfte, gehört bereits seit fünf Jahren zum festen Spielplanbestand von über hundert Bühnen. Den Inhalt bildet ein lustiges amerikanisches Verkaufs- und Verwechslungsspiel, in dem eine komische Situation die vorhergehende an Dramatik überbietet. Für die Darstellung sind unsre in diesem Genre erprobtesten Kräfte aufgeboten. — Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 6. Dezember, die „Johann-Strauß-Morgensfeier“, dem allgemeinen dringenden Verlangen gemäß, wiederholt wird, wobei auch Intendant Dr. Carl Hagemann abermals seinen eindrucksvollen Vortrag über den großen Balzerkomponisten halten wird. — Im übrigen erfährt das Programm der letzten Veranstaltung nur insofern eine Änderung, als am Schluß die Fledermaus-Ouvertüre zu Gehör kommen wird. Die musikalische Leitung hat wiederum Josef Krips.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Nach den erfolgreichen Aufführungen der Festspielwochen galt es für die Leitung der Lichtspiele, weiterhin ein Programm aufzustellen, das die Besucher eindringlich mahnt, den Lichtspielen treu zu bleiben. Dies ist auch gelungen durch die Aufführung des Films „Manolescu, Anfang, Glück und Ende eines Hochstaplers“. Ein eigenartiges Milieu, in dem dieses Leben und Treiben eines Karajiten der menschlichen Gesellschaft spielt. Ein Film „Kostbares Raß“ läßt uns, die wir im wasserreichen Europa wohnen, den Wert des Wassers in den wasserarmen Gegenden erleben. — Immer wieder muß die gute Musik erwähnt werden, die wirklich Hervorragendes leistet. Der Besuch war sehr gut.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Eine atlantische Zyklone, die gestern nordwestlich von England erschienen war, hat ihren Wirkungsbereich sehr rasch auch auf die Bitterung Mitteleuropas ausgedehnt. In unserem Gebiet begann es daher schon letzte nacht unter aufsteigenden Südwestwinden zu regnen. Gleichzeitig stieg die Temperatur allenthalben über Null Grad. Die westliche Luftzufuhr und damit das milde und zeitweise regnerische Wetter werden bis auf weiteres nunmehr anhalten. Voraussage: Fortdauer des meist trüben und regnerischen Wetters, starke westliche Winde und anhaltend mild. Hochschwarzwald Niederschläge meist als Schnee.

Wasserstände: Waldshut fehlt, Basel 14 plus 5, Schutterinsel 46 plus 14, Rheinweiler 186 plus 3, Rehl 191 minus 1, Maxau 365 minus 1, Mannheim 219 minus 4, Caub 147 minus 1.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Rundlich)

	4. Dezember		3. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.83	170.17	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	78.17	78.33	78.42	77.58
Italien 100 L.	21.68	21.72	21.68	21.72
London 1 Pf.	14.16	14.20	14.18	14.22
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz 100 Fr.	81.92	82.08	81.77	81.93
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.09
Braa 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 2. Dez. 1931 beträgt der Londoner Goldpreis am 2. Dez. 1931 für eine Unze Feingold 126 sh 7 d, in deutscher Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 2. Dez. 1931 mit 13,72 RM. umgerechnet 86,8361 RM. für ein Gramm Feingold demnach 48,8369 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79184 RM.

Effekten- und Geldmarkt

Die Börsen sind weiter stillgelegt, aller Wahrscheinlichkeit nach bis zum Ablauf des Jahres 1931. Reichsregierung und Reichsbank haben ihre Auffassung, daß die Wiederherstellung des amtlichen Effektenverkehrs vorläufig im allgemeinen Interesse, vor allem aus Sorge wegen der Valutagefahr, untragbar sei, durchgesetzt. Es bleibt also beim außerbörserlichen Verkehr, bei dem sich in dieser Woche wieder große Zurückhaltung zeigte. Das Geschäft war außerordentlich klein. Angesichts der bevorstehenden großen innen- und außenpolitischen Entscheidung war die Tendenz unsicher. Aktien hatten wenig veränderte Kurse, dagegen lagen Renten wieder schwächer.

Der Ultimo ist verhältnismäßig ruhig vorbeigegangen. Von Berlin aus ist eine Aktion eingeleitet mit dem Ziel, die örtlichen Bankorganisationen zu einer Ermäßigung der Bankzinsen zu veranlassen. Mit der Aktion soll gleichzeitig eine Diskontermäßigung der Reichsbank um 1 Prozent verbunden sein. Eine Entscheidung wird für dieses Jahr noch erwartet. Verschiedene Sparkassen Württembergs sind mit einer mäßigen Zinsherabsetzung bereits vorangegangen. Die Devisenbilanz in Deutschland ist wieder ausgeglichen. Der Rückgang des Zahlungsmittelumschlages läßt darauf schließen, daß nicht mehr so viel Reichsbanknoten im Umlauf aufbewahrt werden. Am Devisenmarkt lag die Reichsmark weiter fest. Das englische Pfund war dagegen erneut schwächer.

Zinsenkung bei der Heidelberger Sparkasse. Die Städtische Sparkasse Heidelberg hat sich entschlossen, die Zinsen für Hypotheken trotz steigender Tendenz mit sofortiger Wirkung zu ermäßigen, um auch ihrerseits der gegenwärtigen Notlage zu steuern.

Die Papierfabrik Johann Sutter AG. in Schopfheim ist in Schwierigkeiten geraten und hat ihre Zahlungen eingestellt. Verhandlungen, den Betrieb aufrechtzuerhalten, sind im Gange. Das Unternehmen wurde im Frühjahr 1930 nach anderthalbjährigem Stillstand von einer neuen Aktionärsgruppe wieder in Betrieb genommen, nachdem die technischen Einrichtungen mit großem Aufwand verbessert und modernisiert worden waren. Durchschnittlich waren 80 bis 100 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt und die wirtschaftliche Rentabilität schien gesichert. Die Stadtgemeinde Schopfheim hat erhebliches Interesse an der Fortführung des Unternehmens. Die Schwierigkeiten sind auf die verschärfte Wirtschaftskrise und auf die sich immer ungünstiger gestaltenden Exportbedingungen zurückzuführen.

Die Fusionspläne im Großbankgewerbe nehmen, wie „Der Tag“ berichtet, neuerdings konkretere Formen an. Es scheint, daß dabei die Dresdner Bank etwas in den Hintergrund getreten ist. Im Vordergrund steht im Augenblick die Absicht, die Danabank mit der Commerzbank zu fusionieren.

Die Firma Hentschel & Co. AG. in Kassel hat Antrag auf Stilllegung des Werkes gestellt, da die geringe Zahl der vorhandenen Aufträge ein wirtschaftliches Arbeiten zur Zeit nicht ermöglicht.

Gemeinderundschau

Zur Durlacher Bürgermeisterwahl. Die kommunistische Mathausfraktion hat ihren Antrag auf Auflösung des Bürgerausschusses vorläufig zurückgezogen.

Die Frage der Eingemeindungen. Unter dem Vorsteher des Landrats Rothmund fand im Rathaus in Aglasterhausen (Amt Mosbach) eine Besprechung der Bürgermeister und Gemeindevorstände von Breitenbrunn, Daudenzell und Aglasterhausen über eine eventuelle Eingemeindung der beiden ersteren Gemeinden mit Aglasterhausen statt. Die Vertreter der Gemeinden Breitenbrunn und Daudenzell lehnten nach wie vor eine Eingemeindung ab, da eine Verbilligung der Verwaltungskosten nicht eintreten werde und für die Bevölkerung beider Gemeinden nur Nachteile entstünden.

Ein Waldfriedhof in Singen. Der Gemeinderat Singen hat die Anlegung und Einteilung des neuen Friedhofes, eines Waldfriedhofes, an der Gottmadinger Straße, im Herrenhölzle, nach vorliegendem Plan beschloffen und auch die Bepflanzung und Einfriedigung gutgeheißen.

Für die Aufhebung des Freiburger Mieteinigungsamtes. Da infolge der geänderten gesetzlichen Bestimmungen die weitere Aufrechterhaltung des Freiburger städtischen Mieteinigungsamtes als eigene Gemeindebehörde nicht mehr gerechtfertigt ist, hat der Stadtrat Freiburg beschlossen, beim Minister des Innern die Aufhebung des städtischen Mieteinigungsamtes und die Überweisung seiner Aufgaben an das Amtsgericht Freiburg zu beantragen.

Die Bezirksparafasse Vonnord hat im Geschäftsjahr 1930 einen um nahezu 2 Millionen Reichsmark erhöhten Umsatz von 21,93 Millionen Reichsmark gehabt. Die Spareinlagen beliefen sich nach 0,31 Millionen Reichsmark Zugängen auf 1,85 Millionen Reichsmark. Die Aufwertungs Guthaben auf 1,87 Millionen Reichsmark, die Kontoforrenteinlagen auf 0,28 Millionen Reichsmark. Am Jahreschluss waren 4,10 Millionen Reichsmark fest angelegt, davon 1,37 Millionen auf Hypotheken und 0,71 Millionen Reichsmark auf Gemeindepfandbriefen. Die Aufwertungsforderungen beliefen sich auf 1,94 Millionen Reichsmark.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Bretten, 3. Dez. Die Arbeiter der Schuhfabrik Friedrich Groll & Co. stifteten für die Winterhilfe 100 Paar Schuhe und Stiefel zum Dank dafür, daß durch Gewährung eines Darlehens an die Firma die Wiederaufnahme des Betriebes ermöglicht und die Stadt auf diese Weise den Arbeitern wieder Arbeit und Brot verschafft habe.

blb. Freiburg i. Br., 4. Dez. In der städtischen Festhalle fand eine von über 3000 Personen besuchte Katholikerversammlung statt, an der auch Weihbischof Dr. Burger teilnahm. Nach Begrüßungsworten von Prälat Dompfarrer Dr. Brettle sprachen Prof. Dr. Nibelbach, Luzern, und Stadtpfarrer Dr. Rübli, worauf eine Entschließung angenommen wurde, in der die in Wort und Schrift betriebene Gottlosenpropaganda verurteilt wird und die christlichen Eltern zum Schutze ihrer Kinder und ihrer Jugend aufgerufen werden.

Staatsanzeiger

Buchmacher in Heidelberg. Der Elise Weinold in Heidelberg wurde die Erlaubnis erteilt, bis 31. Dezember 1932 im Hause Bergheimer Straße 15 gewerbsmäßig Betten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschnücheln oder zu vermitteln.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Losvertrieb. Der ev.-luth. Auswanderer-Mission und dem St. Raphaelen-Verein in Hamburg wurde die Erlaubnis zum gemeinsamen Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1931.
Der Minister des Innern
J. B. Weigel.

Losvertrieb. Dem Banngesellschaft E. C. Kröger in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (21. Volkswohlotterie) in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1931.
Der Minister des Innern
J. B. Weigel.

Nach den Mitteilungen der Bezirksärzte waren am 1. Dezember 1931 im Lande Baden verendet mit:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Bruchsal
Heidelberg	Heidelberg, Heidelberg-Kirchheim, Heidelberg-Mohrbach, Heidelberg-Rieblingen, Wammertal, Dossenheim-Schwabenheim, Lampenhausen, Rühlloch, Sandhausen, St. Jagen, Söllingen
Karlsruhe	Vingen, Inglingen, Weil a. Rh.
Lörrach	Mannheim-Friedrichsfeld, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Sandtorf, Mannheim-Selkenheim, Mannheim-Strasphenheim, Altsulphheim, Brühl, Cönnigen, Dudenheim, Ibsesheim, La-
Mannheim	

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Rastatt	denburg, Nedarhausen, Neuluthheim, Ostersheim, Neilingen, Schwibingen
Sinsheim	Baden-Baden (West), Epsenbach, Nedarbischhofshausen, Zugenhausen
Weinheim	Seddesheim, Lühelshausen
Wiesloch	Wiesloch, Baiertal, Dielheim, Nalisch, Malschenberg, Nauenberg, St. Leon, Schatthausen, Wallbrunn
	Schweinefleisch:
Lahr	Langendintel, Ringsheim
Mannheim	Mannheim-Sedenheim, Mannheim-Wallstadt
Sinsheim	Sinsheim
Weinheim	Seddesheim
Wiesloch	Neichenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:
Ernannt: Polizeihauptwachmeister Ernst Weigelt beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Mannheim zum Polizeioberwachmeister, übertritt in den dauernden Ruhestand kraft Gesetzes: Landrat Dr. Julius Solberer in Pforzheim.

Gestorben:
Landeskommissar Dr. Martin Hartmann in Konstanz.

Justizministerium:
Planmäßig angestellt: Gerichtsvollzieher Ernst Bey beim Amtsgericht Nedarbischhofshausen, die Wachmeister Karl Eibler beim Landgericht Konstanz und Franz Güller beim Amtsgericht Mannheim.

Ernannt:
Justizassistent August Braun beim Amtsgericht Mannheim zum Justizsekretär, Justizaktuar Emil Vink beim Amtsgericht Kenzingen zum Justizassistenten, Kanzleihilfe Albert Benz beim Amtsgericht Willingen zum Kanzleissistenten.

Verfetzt:
Die Gerichtsverwalter Richard Müller beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst und August Herrmann beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst.

Zur Ruhe gesetzt auf Antrag:
Oberregierungsrat Richard Volley beim Justizministerium, bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit: Justizsekretär Otto Mähringer beim Notariat Donaueschingen und Kanzleisekretär Karl Ditsch bei der Staatsanwaltschaft Waldshut.

Geschäftliches

Ich lasse mir meine Weihnachtsfreude nicht nehmen!
... also ich frage nochmal: Wieso? wiejo können Sie sich dieses Jahr nichts zu Weihnachten schenken?? Ich mache es anders — Sie sehen mich gerade auf dem Weg zum Einkauf! Sie staunen? Ich lasse mir meine Weihnachtsfreude nicht nehmen! Soll man denn wahrhaftig immer nur über die Zeiten klagen und sich niederkümmern lassen? Gut, auch ich muß mich nach der Decke strecken. Bei Knopf sind die Weihnachtspreise „wie einist“, das heißt, wie in „Friedenszeiten“, wie wir ja heute immer noch sagen. Ich habe soeben Knopfs Weihnachtsanzeiger zu Gesicht bekommen. Ich habe eine unendliche Fülle von Anregungen empfangen und habe erkannt, daß ich mich bei diesen Preisen ruhig der Freude des Schenkens hingeben kann. Ich habe mir alles in der Beilage angekreuzt, was ich mir holen will, und nichts kann mich von meinem Vorhaben abbringen, denn die Weihnachtsfreude beginnt beim Einkauf! Hier ist die Beilage: Sehen Sie, wie übersichtlich — Zwei Seiten, die die Dame interessiert, eine ist dem Herrn gewidmet, den Schluß macht die Nischenauswahl von Spielwaren und Geschenkartikeln aus der Haushaltabteilung. Nicht wahr, so kleine Zahlen hat man schon lange nicht mehr gesehen? Gehen Sie mit zu Knopf?
Schließen Sie sich ruhig dieser sehr vernünftigen Dame an, dann können auch Sie sich und den Ihren ein schönes Weihnachtsfest bereiten; der erwähnte bierseitige Weihnachtsanzeiger liegt dieser Ausgabe bei. Guten Einkauf!

Bad. Lichtspiele • Konzerthaus
Die neue Kopie des Dr. Fanckschen herrlichen Gebirgs-Filmes L606
Der Kampf ums Matterhorn
mit Luis Trenker, Hannes Schneider u. a. m. veranlaßt uns, denselben ab heute, Freitag 20,30 Uhr u. folgende Tage zur Vorführung zu bringen.
Interessanter Beifilm. Konzerteinlage: Zampa v. Herold
Preise: -.40, -.60, -.80, 1.-, 1.40. Vorverkauf wie üblich.
Jugend verboten

Die Besetzung des Kreisbezirks Emmendingen IV, Sitz Eichstetten
Die Stelle eines Kammermeisters für den Kreisbezirk Emmendingen IV, Sitz Eichstetten, ist frei geworden. Der Kreisbezirk umfaßt die Gemeinden Bahlingen, Bahlingen, Eichstetten, Solzhausen, Maltersdingen, Nimbura, Niegel und Neute. Bewerbungen sind unter Anschluß der in § 7 der Kammerverordnung vorgeschriebenen Belege innerhalb vier Wochen hierher einzureichen.
Emmendingen, den 3. Dezember 1931.
Bad. Bezirksamt. R. 726

Leergroszlieferung.
Das Bad. Wasser- und Straßenbauamt Offenburg vergibt nach den Bestimmungen des Finanzministeriums vom 27. 7. 1922 und vom 22. 7. 1924, die freie Lieferung von Leergrosz für Landstraßen in kleineren Losabteilungen.
Angebote, wozu die Vorzüge von obengenanntem Bauamt bezogen werden können, sind verschlossen mit der Aufschrift „Leergroszlieferung“ bis spätestens Freitag, den 18. Dezember 1931, vormittags 10 Uhr, beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Wochen. R. 728

Badisches Landestheater
Samstag, den 5. Dez. 1931 * G 10
Hänsel und Gretel
Märchenoper von Humperdinck
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Kruschka
Mitwirkende:
Blatt, Franz, Haberlein, Seibertlich, Winter, Löser
Hierauf:
Die Puppentheater
Ballet von Joseph Bayer
Dirigent: Keilberth
Spielleitung: Kuhlmann
Mitwirkende:
F. Kilian, Kraker, Kuhlmann, Seiling, Kubach, Kainbach, F. Kilian, Kinde, Luther, G. Müller, Nagel, G. Rivinius, J. Sonntag, das Ballett, die Kinderballettschule
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise C (0,90—4,90 RM)
So. 6.12. Morgenfeier „Johann Strauß“. Abends: Neu einstudiert: Der Wildschütz. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Oly-Polly.

Öffentliche Verbandssparkasse Pfullendorf
Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	15 118,94	1. Spareinlagen	2 533 906,49
2. Guthaben bei Banken-Girozent. Betriebskapital	275 397,31	2. Aufwertungspar-einlagen	1 367 567,67
3. Wechsel	58 270,76	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	123 460,60
4. Wertpapiere	51 700,—	4. Bankverbindlichkeiten	5 977,05
5. Darlehen auf Hypotheken	1 497 200,61	5. Ausgaberrückstände	386,58
6. Darlehen in fdb. Rechnung an Private	115 712,49	6. Rücklagen aus früheren Jahren	44 340,45
7. Darlehen a. Schuldschein: a) an Private	138 853,01	7. Reingewinn v. Jahre 1930	45 889,98
b) öffentliche Körperschaften	556 989,63		
8. Grundstückskaufgelder	110 816,15		
9. Lombarddarlehen	60 939,60		
10. Grundstücke u. Gebäude	48 002,—		
11. Gerätschaften	1,—		
12. Einnahmerückstände	66 426,39		
13. Aufwertungsforderung	1 126 080,86		
	4 121 508,75		4 121 508,75

Die gesetzlichen Rücklagen sollen betragen:
8 % aus 2 657 367,02 RM = 212 589,36 RM
Sie betragen Ende des Jahres 1930 = 90 230,43 RM
Somit weniger = 122 358,93 RM

Pfullendorf, den 3. Juni 1931. R. 725

Der Verwaltungsrat: Bollmar, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Preffer, Direktor.

Drud G. Braun, Karlsruhe